

Haushaltsdebatte 2007:

„Dem Rat die Vernunft der Straße entgegen setzen!“

Bei den Bürgerentscheiden am 12. August zweimal mit „ja“ stimmen!

Am 20. Juni hat der Rat der Stadt Essen über den Haushalt für 2007 beraten. Mit langweiligen, vom Blatt abgelesenen Reden wird über die nächste Zukunft der Stadt entschieden. Über tausende von Arbeitslosen, die zum Teil seit mehreren Jahren eine Arbeit suchen; über Jugendliche, die sich vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemühen; über Kinder, die hungrig in die Schule gehen; über ältere Menschen, die zeit ihres Lebens geschuftet haben und jetzt, wo sie eine würdevolle Pflege benötigen, werden sie als Last und Kostenfaktor gesehen. Da nehmen sich die „hohen“ Damen und Herren das Recht, uns mit herz- und geistlosen Reden ein Kasperletheater aufzuführen. Das Zauberwort heißt dabei „Sparen“, und sie verstehen darunter weitere Kürzungen der Sozialausgaben, die die Menschen mit Lohn und geringem Einkommen bitter nötig haben. Kurz, alle bürgerliche Fraktionen und Gruppen einschließlich die der FDP/AE, REP und EBB



Demonstration gegen die Schließung von Sportstätten in Essen

sind sich einig: Es darf den Reichen nichts genommen werden.

Wer den Konzernen nichts nimmt ...!

Doch es ist eine bewährte Volksweisheit:

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Ratsherr der DKP Patrik Köbele hat deshalb große Zweifel, ob die Ratsmehrheit den Haushalt der Stadt wirklich konsolidieren will. Eine wirkliche Konsolidierung des Haushalts setzt voraus, dass die Gewerbesteuer erhöht wird, wie es von unserer Fraktion Die Linke/DKP/AUF gefordert wurde. Es kann wahrlich kein vernünftiger Mensch mehr verstehen, warum der Rat in seiner Mehrheit die Konzerne in unserer Stadt mit Millionen subventioniert und sie jetzt auch noch mit Extrageschenken mit bis zu 150 Mio. Euro erfreuet, wenn der Haushalt konsolidiert werden muss. „Doch jetzt haben die Bürgerinnen und Bürger das Wort“, so Patrik Köbele: „Jetzt können sie endlich der Unvernunft im Rat die Vernunft der Straße entgegensetzen, indem sie bei den anstehenden Bürgerentscheiden am 12. August zweimal mit „ja“ stimmen.“

Essen sagt „JA!“ zu den Bürgerentscheiden! Keine Privatisierung und Schließung von Sportstätten!

Mehr als 50 000 Bürgerinnen und Bürger haben das Bürgerbegehren „Essen ist unser“ und „Masterplan Sport stoppen“ mit ihrer Unterschrift unterstützt. Der Rat der Stadt Essen war in seiner Sitzung am 20. Mai nicht bereit, sich dem eindeutigen Bürgerwillen anzuschließen. Deshalb wird es am 12. August zwei Bürgerentscheide geben. Bürgerentscheide sind Volksentscheide, womit die Bürgerinnen und Bürger den politischen Kurs des Rates, mit dem sie nicht einverstanden sind, korrigieren können. Die Befürworter des „Master-

plan Sport“ behaupten, dass es kein Geld gibt, die Sportstätte in der jetzigen Form zu erhalten. Dem Bürgerbegehren „Essen ist unser“, das sich gegen die Privatisierung der städtischen Betriebe richtet, halten sie entgegen, es werde keine Privatisierung geplant. Doch, wenn keine Privatisierung geplant ist, hätte der Rat einfach dem Bürgerbegehren beitreten können. Sie werfen den Initiatoren der beiden Bürgerbegehren vor, der Stadt zusätzliche Kosten verursacht zu haben. Doch hätte sich der Rat den Bürgerbegehren angeschlossen,

hönnte die Stadt die Summe von 800 000 Euro für die Sanierung der Sportstätte bereitstellen. Der Rat will es darauf ankommen lassen und stellt sich dem eindeutigen Bürgerwillen entgegen. Claudia Jetter, Sprecherin des Bürgerbegehrens „Essen ist unser“, und Rolf Grotjohann, Sprecher des Bürgerbegehrens „Masterplan Sport stoppen“ rufen gemeinsam alle Bürgerinnen und Bürger auf, dieser Politik dadurch einen Denkzettel zu verpassen, indem Sie bei Bürgerentscheiden am 12. August zweimal mit „ja“ stimmen.“

GSE Ausgliederung

Interview mit Peter Köster, Betriebsrat, stellvertr. Bezirksvorsitzender IG BAU-Mülheim-Essen-Oberhausen



rotlicht: Der Rat der Stadt hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, die 100prozentige städtische Tochtergesellschaft für Soziale Dienste (GSE) in zwei Gesellschaften auszu-

gliedern. Welche Folgen sind für die Beschäftigten möglich?

Peter Köster: Ziel derartiger Vorhaben ist immer, egal ob es sich um ein städtisches oder privatwirtschaftliches Unternehmen handelt, wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Konkret wird diese Ausgründung heißen, die Stadt wird sich aus dem Flächentarif für die heute dort Beschäftigten verabschieden. Selbst wenn heute hoch und heilig beteuert wird, genau das nicht tun zu wollen. Beabsichtigt ist so zum Beispiel, Neueinstellungen zu einem anderen, schlechteren Tarif vorzunehmen.

Für mich ist das Tarifflicht! Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis der Druck auf die Beschäftigten größer wird und sie auf Teile ihres heutigen Lohnes verzichten sollen. Wer nicht mehr den Schutz des Flächentarifvertrages hat, wird leichter erpressbar. Es besteht die Gefahr, dass der Niedriglohnbereich weiter ausgebaut wird.

rotlicht: Warum so pessimistisch?

Peter Köster: Weil große Teile des Pflege- und Servicepersonals bereits heute schon mas-

senhaft zu Niedriglöhnen bei privaten Unternehmen arbeiten. Oft liegt der Nettolohn von Beschäftigten im Pflegebereich heute schon nur knapp über der sogenannten Pfändungsfreigrenze. Heißt, dass viele gerade ein Einkommen (8,47 Euro/38,5 Wochenstunden = Bruttogehalt von 1.412,- Euro) zum Überleben haben.

Und das bei immer mehr wachsenden Gesundheitskosten, die Krankenkassen, Ärzte und Krankenhäuser verlangen. Wo bleibt das ganze Geld? Nicht bei den Beschäftigten, die sich täglich für die Menschen am Krankenbett einsetzen.

rotlicht: Durch die Ausgliederung will die Verwaltung die häusliche (ambulante) Pflege weiter ausbauen. Also vermehrt Pflege zu Hause. Worin siehst Du Vor- und Nachteile für die pflegebedürftigen Menschen?

Peter Köster: Vorteile eigentlich nur Arbeitgeberseitig. Es werden so bisher staatlich/städtische verantwortete Soziale Dienste in den von privaten Krankenpflegediensten immer mehr beherrschten Pflege-„Markt“ überführt. Ein weiterer Versuch von Privatisierung städtischer Aufgaben. Wer privatisiert will auch Profite realisieren. Wer Profit zum Kriterium macht, den interessieren soziale Aufgaben immer weniger. Nachteile werden sich für die pflegebedürftigen Menschen ergeben. Denn wer nicht mehr entsprechend seiner Leistung bezahlt wird, wird auch nicht mehr die Zeit haben sich um die pflegebedürftigen Menschen ausreichend zu kümmern.

kurz & knapp

Pressefest – Das Volksfest der DKP

Trotz Regen, Matsch und alledem: Es kamen über 50.000 überwiegend junge Besucher zu dem 15. UZ-Pressfest, dem Volksfest der DKP 2007. Ein attraktives kulturelles und politisches Programm begeisterte die Besucher und vermittelte ihnen Kraft und Zuversicht.. Das Fest sei eine „Notwendigkeit“, so Konstantin Wecker, um eine „Lücke in der Kultur“ zu füllen.

Marina: Schicki-Micki am Kanal

„ (...) So nicht, sagt die Bürgerliste Nord und auch die DKP. Ein Sport-Hafen, warum nicht, aber für alle Menschen, vor allem die aus dem Norden.“ (Zeitaufnahme 11/2005)

Fragen der Bürgerliste Nord an die Bezirksvertretung:

- Wird im Zusammenhang der Planung Marina ein Verkehrskonzept entwickelt, welches

den öffentlichen Nahverkehr beeinflusst?

- Wie ist der Verlauf der Fernwärmeleitungen geplant, und wer übernimmt die Kosten für eine evtl. Verlegung?
- Wie hoch ist das planerische und finanzielle Risiko der Stadt Essen?
- Ist der für 2008 vorgesehene Baubeginn auch ohne konkrete Miet-/Kaufabschlüsse geplant?

Lärmschutz A 42

Die Bürgerliste Nord stellt nachstehenden Beschlussantrag: Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig Lärmschutzmaßnahmen durch das Aufstellen von Geschwindigkeitsbegrenzungs-Schildern an der BAB A42 durchführen zu lassen. Diese schreiben eine Geschwindigkeitsbegrenzung von

- max. 100 km/h während der Tagstunden, sowie
- 80 km/h während der Nachtstunden und grundsätzlich für Fahrzeuge über einem zul. Gesamtgewicht von 2.8 t vor.



Essener Stadtverwaltung gegen Umwelt und Bevölkerung

Mehr Müllöfen „... notfalls gegen den Willen der Bevölkerung“. Dies forderte in der Frankfurter Rundschau vom 02.10.1987 der damalige Geschäftsführer des Bundesverbandes Sonderabfallwirtschaft, Rolf Eder. Seitdem ist man in Stadt und Land bemüht dieser Forderung zu entsprechen. Anstatt aber „dem Wohle des Volkes“ zu dienen, werden neue Gesetze und Richtlinien geschmiedet, die den Kommunen kaum oder sehr wenig Mitsprache lassen, wenn es beispielhaft um Ansiedlung und Zulassung von umweltfeindlichen Betrieben geht.

Eiertanz um Harmuth/Econova

Und siehe da, plötzlich, da ihnen der Druck aus der Bevölkerung unerträglich scheint, gibt sich die herrschende Politikerkaste sehr erstaunt darüber, was sie so angerichtet hat. Man (ver)tröstet die Menschen, indem man wachsam sein will und man erwägt sogar zukünftige Industrieansiedlungen per Bauplan besser zu steuern (CDU/Grüne NRZ 27.03.2007).

Bottrop macht es uns vor

Es geht nicht an, dass die Verwaltung das Votum des Stadtrates gegen Econova ignoriert. Da ist doch eine Dienstaufsichtsbeschwerde fällig! Schließlich hat diese die Vorgaben des Stadtrates umzusetzen. Stattdessen stellt sie sich auf die Gegenseite und „sieht keine Möglichkeit die Anlage zu verhindern.“ Doch ganz anders die Stadt Bottrop. Sie hat die Anlage abgelehnt, weil sie zusätzliche Belastung des eigenen Stadtgebiets fürchtet, (Nord-Anzeiger 08.06.07). Doch die Essener Verwaltung setzt noch eins drauf: Ganz Stickum wird ein zweiter Giftschredder in Kray durchgewunken. Wo leben wir eigentlich?

Diskriminierung in Essen



Am 12. Juni fand in der Zeche Carl eine Podiumsdiskussion über „Diskriminierung in Essen“ statt. Wer sich von der Veranstaltung Aufklärung gehofft hatte, wurde enttäuscht. Denn bis auf den Vertreter der Fraktion Die Linke/DKP/AUF behaupteten alle Vertreter der Fraktionen im Rat der Stadt Essen, es gebe in Essen keine Diskriminierung. Es gebe nur Einzelfälle, denen nachgegangen werde. Unter Diskriminierung darf man aber nicht nur den in unserer Gesellschaft weitverbreiteten Rassismus verstehen, mit dem die bürgerlichen Parteien gerne punkten möchten, indem sie sich einen antirassistischen Glanz verpas-

sen. Auch wenn sich unsere Gesellschaft gerne als modern und offen tituliert, werden Frauen wegen ihres Geschlechts in verschiedensten Formen nach wie vor diskriminiert.

Es gibt aber auch systematische soziale Diskriminierung. Patrik Köbele, Ratscherr der DKP, wies in diesem Zusammenhang auf viele Formen der Diskriminierung hin. So sei es z. B. kein Zufall, dass es in der Stadt ein Gefälle zwischen Nord und Süd gibt. Im Norden der Stadt leben viele Menschen: Männer, Frauen und Kinder, die sowohl wegen ihrer Schicht- und Klassenzugehörigkeit als auch wegen ihrer Herkunft, Hautfarbe und Geschlecht

systematisch diskriminiert werden. Das Zusammentreffen all dieser Faktoren zeigt, dass es in unserer Gesellschaft strukturelle Diskriminierung gibt.

Die Marktgesellschaft, wie die kapitalistische Gesellschaft heute im Neudeutsch umschrieben wird, selektiert die Menschen immer auf Grundlage ihres materiellen Vermögens. Es gibt in unserer Gesellschaft eine Klasse von Menschen, Kapitalisten, die Fabriken, Betriebe, Banken und Versicherungen besitzen und deshalb in der Gesellschaft höher gestellt werden. Es gibt aber auch jene Menschen, die, da sie für die Kapitalisten malochen müssen, ausgebeutet werden. Dann gibt es noch Menschen, Arbeitslose, denen jegliche Arbeitstätigkeit verweigert wird. Es gibt also viele Formen der Diskriminierung in Essen, deren Ursache letzten Endes auf die ausbeuterische Natur unserer Gesellschaft zurückzuführen ist. Sie treten umso schärfer hervor, je mehr die Fraktionen aus CDU, SPD und Grünen im Rat der Stadt Essen die Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge unserer Kommune vorantreiben. Dieser Politik kann nur mit internationaler Solidarität und dem solidarischen Kampf der Unterdrückten gemeinsam begegnet werden, so Patrik Köbele, Ratscherr der DKP.

Interview mit Derya Bakay, DIDF „Integration ist vor allem eine soziale Frage“

rotlicht: Was ist das Grundverständnis von DIDF?

Derya Bakay: Die Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DIDF) ist der Dachverband von Migrantenvereinen in Deutschland. Wir machen keine Politik für Privilegierte. Wir möchten das Zusammenleben der Eingewanderten und Deutschen stärken. Wir sind Teil der sozialen Bewegung in Deutschland. Dabei kämpfen wir für die Rechte von allen Arbeitenden und Arbeitslosen.

rotlicht: Wie stellt sich DIDF das gemeinsame Leben in Essen vor?

Derya Bakay: Wir werden nur dann ein friedliches und solidarisches Miteinander der Menschen haben, wenn der nationale bzw. religiöse Hintergrund der Menschen kein Thema mehr ist. Ein gemeinsames Leben zeigt sich insbesondere an dem alltäglichen Umgang miteinander. Heute ist der gemeinsame politische Kampf für mehr Rechte ganz wichtig. Er trägt der Integration der Menschen mehr bei als irgendeine formale Maßnahme. Gerade im Jugendbereich haben wir in Essen sehr gute Beispiele dafür.

rotlicht: Was ist der Schwerpunkt eurer politischer Arbeit?



Derya Bakay ist stellvertretende vorsitzende des integrationsbereiten, Mitglied des Vorstandes DIDF-Essen und Sprecherin des Bundesverbandes der Migrantinnen Essen.

Derya Bakay: Als Migrantenorganisation ist eines unserer Schwerpunkte die Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Ganz aktuell steht das neue Zuwanderungsgesetz auf unserer Agenda. Dieses Gesetz wird das Zusammenleben weiter belasten. Die Frage der Zuwanderung darf nicht von Nützlichkeitskriterien abhängen. Integration ist vor allem eine soziale Frage. Sie ist aber auch eine rechtliche Frage. Menschen, die seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland leben, müssen gleiche Rechte haben.

rotlicht: Können sich interessierte Menschen an euren Aktivitäten beteiligen?

Derya Bakay: Wir bieten verschiedene Aktivitäten an. Bei uns können politisch Interessierte mitmachen, aber auch Menschen, die eher an kulturellen Aktivitäten interessiert sind. Dabei spielt der Migrationshintergrund keine Rolle. Wir freuen uns über alle Interessierte.

Anzeige

Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- die Zeitung der DKP kennenlernen
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP-Essen Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
 www.dkp-essen.de • E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

STEAG: Wie der Haushalt kaputt saniert wird! Strafanzeige der DKP gegen OB, Britz und Paß

Tagein tagaus wird den Essenern vorgegaukelt, die Stadt lebe über ihre Verhältnisse, sie sei überschuldet und müsse sparen. Die Haushaltskonsolidierung wird deshalb groß geschrieben. Die CDU und SPD machen nun vor, wie der Haushalt konsolidiert werden soll. Die Stadt muss für das Folkwang Museum mindestens 5 Mio. Euro für den Bau der Tiefgarage zahlen, weil sie angeblich bei der ersten Kalkulation vergessen wurde. Sachkundige Bürger gehen von wesentlich höheren Kosten aus, die auf die Stadt zukommen. Jetzt werden durch den Beschluss der Ratsmehrheit von CDU und SPD auch noch Gelder einfach verschenkt. Ohne auch nur im Geringsten zu prüfen, ob es günstigere Anbieter gibt, hat sie den Vertrag mit STEAG über die Fernwärmeversorgung verlängert. STEAG zahlt der Stadt dafür jährlich eine Mio. Euro Konzessionsgebühren. Doch nach der offiziellen Darstellung würde die Stadt jährlich 50 Mio. Euro einnehmen, wenn sie die Versorgung



*Karin Schnittker
Vorsitzende des
Essener
Mietervereins
und Vertreterin
der Fraktion „Die
Linke/DKP/AUF“
im Bau- und
Verkehrsausschuß
des Essener
Stadtrates.*

selbst vornehmen würde. Damit verschenkt die Stadt mindestens 45 Mio. Euro. Es gibt externe Gutachten, die die mögliche Einnahme sogar auf 80 bis 150 Mio. Euro beziffern. Unsere Fraktion Die Linke/DKP/AUF hatte deshalb am 29. Juni eine Dringlichkeitssitzung des Rates durchgesetzt, um über den Sachverhalt zu beraten. Doch die CDU und SPD sah immer noch keinen Anlass, den Vertrag mit STEAG zu kündigen.

Das ist auch weiter nicht überraschend. Denn es gibt eine enge Personalunion zwi-

schen der Energiewirtschaft und der Stadtverwaltung. Bis vor kurzem saß z. B. der Oberbürgermeister Wolfgang Reiniger noch im Beirat der STEAG. Sie ist eine 100prozentige Tochtergesellschaft der RAG. Der Vorstandsvorsitzende der RAG, Werner Müller, ist auch Aufsichtsratsvorsitzender von RUHR.2010 GmbH, die zur Vorbereitung der Kulturhauptstadt 2010 gegründet wurde.

So sanieren die CDU und Grünen mit kräftiger Unterstützung der SPD den städtischen Haushalt: Bei den Sozialausgaben für Kinder, ältere und pflegebedürftige Menschen, für Bildung und Arbeitslose ist ihnen jeder Cent zuviel. Die Schenkungen an die Großkonzerne in Millionenhöhe scheint ihnen aber nie genug zu sein. „So saniert man den Haushalt unserer Kommune kaputt“, stellt die Kreisvorsitzende der DKP Essen, Karin Schnittker, empört fest. Sie hat jetzt eine Strafanzeige gegen den Oberbürgermeister, sowie die Fraktionsvorsitzenden der CDU und SPD gestellt.

Strafanzeige gegen Oberbürgermeister und Fraktionsvorsitzende von SPD und CDU

Ein Gespräch mit Karin Schnittker aus der Tageszeitung junge Welt

junge Welt: Sie führen gerade eine juristische Auseinandersetzung wegen der Verschwendung öffentlicher Mittel durch die Stadt Essen. Wie kam es dazu?

Karin Schnittker: Seit einiger Zeit ist bekannt, dass der Nutzungsvertrag der Stadt Essen mit der STEAG auslaufen wird, die das Essener Fernwärmenetz betreibt. Der Vertrag hätte bis zum 30. Juni gekündigt werden müssen, damit er 2010 ausläuft. Ihn nicht zu kündigen war ein eklatanter Verstoß gegen die Verpflichtung,

alles zum Wohle der Stadt zu tun.

junge Welt: Warum?

Der besondere Skandal ist, dass man das jetzt auf weitere zehn Jahre hochrechnen muss, wenn sich dieser Vertrag bis 2020 verlängert. Das wäre ein großer Gewinn für die Firma STEAG und ein großer Verlust für die Stadt Essen. Mehrerlöse werden hier einer Stadt entzogen, in der soziale Einrichtungen ums Überleben kämpfen, weil angeblich die Kassen leer sind. Und dann wird eine so unglaubliche

Summe einfach verschenkt.

junge Welt: Recht haben und recht bekommen sind oft zwei paar Stiefel.

Karin Schnittker: Oberbürgermeister und Ratsmitglieder haben sich bei ihrem Amtsantritt per Eid verpflichtet, sich zum Wohle der Stadt Essen einzusetzen, und damit hat dieser Beschluss nichts mehr zu tun; das genaue Gegenteil ist der Fall. Darüber hinaus liegt der Verdacht der Untreue nahe.

Karin Schnittker ist Vorsitzende der DKP Essen.

Anzeige

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



**Rote Fahnen
sieht man
besser!**

Jetzt kostenlos 10 Wochen testen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de